

NIK*i*S

Niedersächsische Initiative
für Klimaschutz in der
Siedlungsentwicklung



Stadtgrün in Niedersachsen

Handlungsleitfaden und gute Beispiele aus
niedersächsischen Städten und Gemeinden



Niedersachsen. Klar.

Inhalt

1	Vielfalt und Funktionen städtischen Grüns	4
1.1	Element des Städtebaus und der Baukultur	6
1.2	Raum für Begegnung und Austausch	7
1.3	Förderung von Erholung und Gesundheit	8
1.4	Wirtschaftlicher Nutzen	8
1.5	Leistungen für das Ökosystem	9
1.6	Abmilderung von Extremwetterlagen	10
1.7	Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt	11
2	Herausforderungen und aktuelle Trends	12
2.1	Unterschiedliche Interessen und Anforderungen	14
2.2	Zugang zu Grün- und Freiflächen	16
2.3	Belastungen durch den Klimawandel	18
2.4	Kommunale Grünplanung und -pflege	20
2.5	Neue Nutzungen im und mit Stadtgrün	22
3	Vom Stadtgrün zu grüner Infrastruktur – Handlungsempfehlungen für niedersächsische Städte und Gemeinden	24
3.1	Organisationsstrukturen und Zusammenarbeit der Stadtverwaltung	25
3.2	Konzepte, Instrumente und Finanzierung	28
3.3	Pflege und Unterhaltung	30
4	Literaturverzeichnis	31

An aerial photograph of a lush green urban park. The park features a network of winding paths, numerous trees of various sizes, and a large open grassy area. In the background, several multi-story residential apartment buildings are visible, interspersed with more greenery. The overall scene depicts a well-maintained urban green space.

1/ Vielfalt und Funktionen städtischen Grüns

Hildesheim Drispengrund

Gestiegene Anforderungen an den Klimaschutz, infrastrukturelle Anpassungsprozesse, Stadtwachstum auf der einen Seite sowie durch demografische und wirtschaftliche Schrumpfung entstehende Brachflächen auf der anderen Seite – Städte und Gemeinden stehen vor großen und neuen Herausforderungen. In diesem Zusammenhang kommt dem Grün in der Stadt mit seinen vielfältigen Formen und Funktionen eine besondere Bedeutung zu. Mit dem Wandel der Rahmenbedingungen verändert sich auch die Wahrnehmung städtischen Grüns. Hierbei ging und geht es immer wieder um die Frage, welchen Stellenwert urbanes Grün in Konkurrenz oder Ergänzung zu anderen Flächennutzungsansprüchen – beispielsweise durch Verkehr, Siedlung oder Industrie und Gewerbe – haben soll.

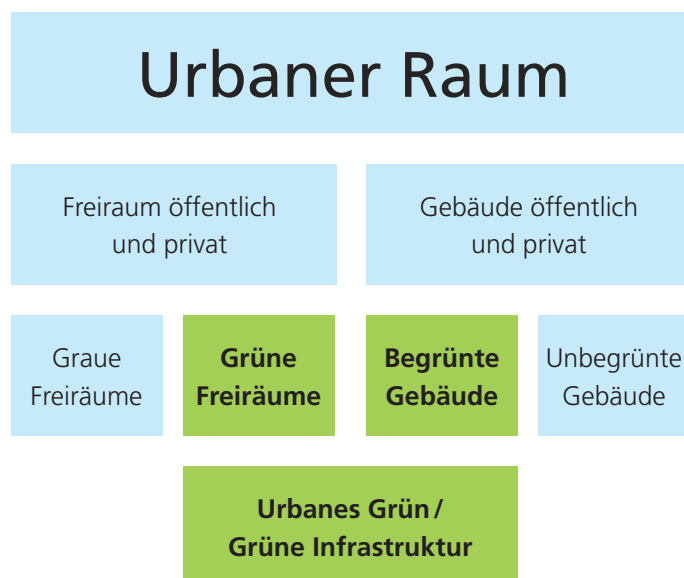
Eine Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen belegt die positiven Effekte städtischen Grüns. Es steigert die Attraktivität einer Stadt, verbessert die Biodiversität, reduziert die Luftverschmutzung und mildert die Auswirkungen von Extremwetterlagen ab. Darüber hinaus verbessert Stadtgrün die Gesundheit der Stadtbewohner und senkt die Stressbelastung. Stadtgrün ist Bestandteil des Städtebaus, der Baukultur und des historischen Erbes und erfüllt nicht zuletzt einen wirtschaftlichen Nutzen. Über viele Jahre wurde der Wert von städtischem Grün hauptsächlich in Ästhetik und Schönheit gesehen. In jüngster Zeit sind aber auch umweltrelevante und sozioökonomische Aspekte bei der Bewertung in den Vordergrund gerückt.

Die verschiedenen Funktionen städtischen Grüns werden im Folgenden aufgezeigt. Als „städtisches Grün“ oder „Grün in der Stadt“ gelten alle Formen grüner Freiräume und begrünter Gebäude:

- Parkanlagen und Friedhöfe
- Grünzüge und grüne Wegeverbindungen
- Wasser und wasserbezogene Freiräume
- Klein- und Gemeinschaftsgärten
- Brach- und Rückbauflächen
- Spielbereiche, Spielplätze und Sportanlagen
- Straßengrün und Straßenbäume

- Stadt- bzw. Quartiersplätze
- Grünflächen an öffentlichen Gebäuden
- Private Grünflächen
- Bauwerksgrün mit Fassaden- und Dachbegrünung

Stadtgrün findet sich also in allen Stadtlagen, auf öffentlichem und privatem Eigentum, auf Gebäuden und Freiräumen sowie innerhalb als auch außerhalb von Gebäuden.



1.1 Element des Städtebaus und der Baukultur

Grüne Freiräume prägen gemeinsam mit der gebauten Umwelt das Erscheinungsbild und damit die ästhetische Wahrnehmung einer Stadt und insbesondere ihrer öffentlichen Räume. Neben ihrer Bedeutung für eine Strukturierung des Stadtraums kommt ihnen daher ein hoher Stellenwert für das Wohlbefinden in urbanen Räumen zu. Daneben haben grüne Freiräume eine wichtige Funktion als kulturgeschichtliches Archiv. Sie ermöglichen zum einen die Wahrnehmung verbliebener Elemente der Kulturlandschaft wie Gewässerläufe, Senken und Erhebungen. Jede Stadt ist von ihrer spezifischen landschaftlichen Situation geprägt und hat sich daraus entwickelt. In der Stadtgestalt spiegeln sich unterschiedliche gesellschaftliche und baukulturelle Phasen wider, was sich an der Bandbreite der parallel existierenden For-

men des Grüns in der Stadt ablesen lässt. Sie reichen von Schmuckplätzen und Barockgärten über Volksparks und Kleingärten bis hin zu modernen Formen wie Gemeinschaftsgärten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, stadtgeschichtliche Bezüge und die gartendenkmalpflegerische Bedeutung urbanen Grüns zu erkennen, zu sichern und als wichtige Impulse für eine zeitgemäße Gestaltung urbaner Räume zu begreifen. Entsprechend des Verständnisses von Baukultur als Prozess, der auch die qualitativ hochwertige Gestaltung der Stadt umfasst, wird deutlich, dass eine aktive Auseinandersetzung mit urbanem Grün auch für den Städtebau von Bedeutung ist (vgl. Hackenberg u.a. 2010: 483-497).



1.2 Raum für Begegnung und Austausch

Grünflächen sind Naturräume und damit ideal für Freizeitaktivitäten oder für Begegnungen mit anderen. So fördern Grünflächen auch nachbarschaftliche Beziehungen und gemeinsame soziale Aktivitäten der Einwohnerinnen und Einwohner eines Wohnviertels. Sie tragen zur Entschärfung sozialer Brennpunkte und zur Sicherheit bei. In stärker begrünten Stadtteilen ist die Kriminalitäts- und Vandalismusrate niedriger (vgl. Rittel u.a. 2014). Grüne Freiräume sind Begegnungsräume für Personen verschiedenen Alters, unterschiedlicher Konstitution, mit vielfältigem kulturellen oder religiösen Hintergrund und jeweils eigenen Interessen und Bedürfnissen. Junge Menschen nutzen sie als Treffpunkt, aber auch für Spiel und Sport. Kindern und Jugendlichen eröffnen sie die Chance, Grün in ihrer unmittelbaren Umgebung erleben und spielerisch erfahren zu können – und so die nötige Sensibilität für die Natur und deren Schutz auszubilden.

Grüne Freiräume bieten den Menschen in unmittelbarer Umgebung zu ihrer Wohnstätte attraktive ästhetische und nutzenstiftende Angebote zur Identifikation mit ihrer Stadt bzw. ihrem Quartier. Das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für den Wert und Nutzen von urbanem Grün wächst zunehmend; das Bedürfnis nach attraktiven, vielseitig nutzbaren Grünflächen ist groß – ebenso die Bereitschaft, sich persönlich dafür zu engagieren. Diese positive Grundstimmung und das hohe Identifikationspotenzial mit städtischem Grün gilt es zu nutzen und weiter zu stimulieren – die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie beispielsweise von Vereinen ist dafür ein wichtiger Schlüssel (vgl. BBSR 2015: 31; Stigsdotter 2015).

Beispiel: **Hannover – Neue grüne Mitte Hainholz**

Im Stadtteil Hainholz in Hannover wurde mit Unterstützung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ die Neue Mitte Hainholz geschaffen. Herzstück der Neuen Mitte Hainholz ist eine zentrale Grünfläche. Unter Einbeziehung des alten Baumbestandes wurde ein vier Hektar großer „Park der Generationen“ geschaffen, der die verbindende räumliche Klammer zwischen den Teilprojekten der Neuen Mitte Hainholz darstellt und so die wichtigen sozialen und kulturellen Einrichtungen des Stadtteils verbindet: im Süden vor dem Kulturhaus und dem Familienzentrum ein belebter Stadtplatz mit der Bank der Generationen, ein verbindendes Spiel- und Aktionsband für alle Altersgruppen zwischen dem urbanen und dem landschaftlich-grünen Teil der Anlage, im Norden eine Parklandschaft mit dem neu gestalteten Eingangsbereich des Naturbades Hainholz und dem Lückenschluss des innerstädtischen Radrundwegs.

Der Park und seine angrenzenden Einrichtungen sind offen für Alle und bieten allen Bevölkerungsgruppen unabhängig von Alter oder Nationalität einen Ort der Begegnung und der Kommunikation sowie einen Treffpunkt für spielerische und sportliche Aktivitäten. Die grüne Mitte Hainholz wird seit ihrer Fertigstellung in 2012/13 von Personen aller Altersgruppen und Nationalitäten gern und häufig genutzt. Die Gäste der Einrichtungen beleben die Freiräume und machen sie durch soziale Kontrolle sicher. Gleichzeitig schafft das Angebot an Freiräumen zusätzliche Aktivitätsmöglichkeiten, die wiederum auch die angrenzenden Einrichtungen bereichern. Aus dem früheren Angstraum ist durch die Umgestaltung ein attraktiver multifunktionaler, grüner Freiraum geworden.

Link: www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Planen,-Bauen,-Wohnen/Stadterneuerung-Förderung/Sanierung-im-Programm-Soziale-Stadt/Sanierung-Hainholz

1.3 Förderung von Erholung und Gesundheit

Seit langer Zeit ist bekannt, dass sich der Aufenthalt in natürlicher Umgebung positiv auf die menschliche Gesundheit auswirkt. Städtische Grünflächen verringern gesundheitliche Risiken und leisten einen wirksamen Beitrag zur Prophylaxe möglicher gesundheitlicher Fehlentwicklungen. Damit dämmen sie die potenziellen Folgekosten für die Behandlung bestimmter Krankheiten ein. Hierzu zählen insbesondere Herz- und Kreislauferkrankungen, Adipositas, psychische bzw. Stressbelastungen, Beeinträchtigungen des Wohlbefindens und der Gesundheit durch Lärm. Bürgerinnen und

Bürger nutzen ihr Wohnumfeld sowie die Grün- und Freiräume, um sportlich aktiv zu sein. So werden z.B. Parks zu Erholungs- und Sporträumen und zu Orten für gesundheitspräventive Sportangebote für alle Altersgruppen: Sport im Grünen macht Spaß, ist gesund, festigt soziale Kontakte und entspannt. Konsequenterweise vernetzt, bilden kleine und große Grünflächen, begrünte Stadt- und Spielplätze ein wirksames Gegengewicht zu baulich genutzten Flächen in den Städten (vgl. Rittel u.a. 2014).

1.4 Wirtschaftlicher Nutzen

Auch Verantwortliche in Politik und Verwaltung erkennen zunehmend: Stadtgrün ist ein zentraler Faktor im nationalen und internationalen Wettbewerb der Regionen, Städte und Gemeinden um die Ansiedlung bzw. die Bindung von Bewohnerinnen und Bewohnern, von Wirtschaft und Industrie, von Urlaubsgästen, Sportaktiven und Gästen. Auch als positiver Imageträger und weicher Standortfaktor trägt das Stadtgrün zur Attraktivität von Städten und Gemeinden bei (vgl. Hoff-

mann, Gruehn 2006). Urbanes Grün ist der Motor für eine nachhaltige und positive Stadtentwicklung. Die Ressource Natur kann zielgerichtet und verantwortungsvoll zum Wohl heute lebender und künftiger Generationen genutzt werden. Auch kann Stadtgrün ganz konkret als Wirtschaftsfaktor eingesetzt werden, Arbeitsplätze schaffen und Überschüsse erwirtschaften, beispielsweise durch die touristische Attraktivität, die es bewirkt, oder in Form urbaner Landwirtschaft.

1.5 Leistungen für das Ökosystem

Die Ökosystemleistungen schaffen die Existenzgrundlage für Menschen. Anders definiert sind die Ökosystemleistungen „Nutzenstiftungen“ bzw. „Vorteile“, die Menschen von Ökosystemen – auch in der Stadt – haben. Beispiele für Ökosystemleistungen sind die Sauerstoffproduktion, die Filtration von Schadstoffen, das Bestäuben von Obstblüten durch Insekten, die Bereitstellung von Bewässerungs- und Trinkwasser durch natürliche Filtration des Regenwassers oder die Bereitstellung einer ansprechenden Umwelt für Freizeit, Erholung und Naturerfahrung.

Nach dem Millennium Ecosystem Assessment (2005) lassen sich Ökosystemleistungen in vier Kategorien einteilen, wobei die unterstützenden Leistungen als Basis der anderen gelten.

- Unterstützende Dienstleistungen: ökosystemare Dienstleistungen, die auf Bodenbildung, Nährstoffkreislauf und Erhaltung der genetischen Vielfalt beruhen
- Bereitstellende Dienstleistungen: Bereitstellung von Nahrung, Wasser, Baumaterial (Holz), Fasern, Rohstoffen für Arzneimittel

- Regulierende Dienstleistungen: Regulierung von Klima, Überflutungen, Krankheiten, Wasserqualität, Abfallbeseitigung, Bestäubung
- Kulturelle Dienstleistungen: ökosystemare Dienstleistungen, die Erholung, Naturtourismus, ästhetisches Vergnügen und spirituelle Erfüllung fördern

Viele der Ökosystemleistungen finden im Hintergrund statt, ohne dass sie unmittelbar wahrnehmbar wären wie z.B. die Filtration von Schadstoffen aus der Luft. Andere werden explizit vermarktet wie z.B. der Wald in der Holzwirtschaft oder der Park für die Wertsteigerung von Immobilien. Das Stadtgrün schafft somit grundlegende Leistungen, die das Leben (in der Stadt) ermöglichen und die Lebensqualität verbessern können. Sie gilt es in jedem Fall zu berücksichtigen, wenn es um die Bedeutung des Stadtgrüns und den Umgang mit ihm geht.

Beispiel: **Harber / Hohenhameln – Grüngestaltung im Dorf**

Das Dorf Harber liegt in der Hildesheimer Börde. Typisch für diese Gegend sind Kopfweiden und eine relativ unbewaldete Gegend. Umso mehr hebt sich die reichhaltige Bepflanzung des Dorfes von der Umwelt ab. Das Dorfgrün besteht überwiegend aus alten Bäumen, die entweder auf privaten Grundstücken oder auf öffentlichen Flächen stehen. Zur Erhaltung und Pflege dieser Bäume und den entsprechenden Grünanlagen wurde in Harber 2009 ein Arbeitskreis „Pflanzen und Pflegen“ gegründet. Dieser Arbeitskreis kümmert sich vorwiegend um diese öffentlichen Flächen und übernimmt hier auch die Baumpflege. Er berät darüber hinaus Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Anpflanzung von Grün auf ihren Grundstücken. Mitglieder des Arbeitskreises nehmen auch neue Pflanzungen und Ersatzpflanzungen vor. Finanziert wird der Arbeitskreis überwiegend aus Spenden von der Bevölkerung.



1.6 Abmilderung von Extremwetterlagen

Mit dem Klimawandel sind zunehmende Extremwetterlagen verbunden, die in besonderer Weise in den Städten spürbar sind. Stadtgrün schwächt die Effekte von Starkregen und Temperaturextremen ab. Regen, der auf Grünflächen fällt, versickert im Boden. Bei Sonneneinstrahlung verdunstet ein Teil des Regenwassers wieder und senkt damit die Umgebungstemperatur. Bei versiegelten Flächen wird das Regenwasser hingegen in die Kanalisation geleitet und kann deshalb nicht zur Abkühlung durch Verdunstung beitragen. Darüber hinaus sind die städtischen Abwassernetze oft durch große Wassermengen bei Starkregen überfordert. Das Regenwasser kann dann weder versickern noch schnell genug abfließen und führt somit zu Schäden durch Überschwemmungen.

Während der Vegetationsperiode benötigt ein ausgewachsener Baum zwischen 400 und 800 Liter Wasser pro Quadratmeter seiner Laubfläche. Nahezu 95 Prozent dieses Wassers werden von dem Baum verdunstet. Der Verdunstungsprozess und die Verschattung führen dazu, dass die Temperatur unter der Baumkrone bis zu 15 Grad Celsius niedriger sein kann als die Umgebungstemperatur. Dieser Kühlungseffekt von Bäumen ist besonders in den Städten wichtig, die aufgrund der dichten Bebauung unter einer stärkeren Aufheizung leiden. Die Anlage von Grünflächen in den Städten ist eine ökologische Maßnahme, um durch den „Oasen-Effekt“ das Aufheizen der Wärmeinseln zu mildern. Je mehr Bäume gepflanzt werden und je größere Grünflächen angelegt werden, desto stärker ist der messbare Temperaturunterschied mit Auswirkungen auf die bebaute Umgebung (vgl. Kuttler 1998).

Begrünte Dächer und Fassaden erzielen einen doppelten Kühlungseffekt. Bepflanzte Dächer sorgen nicht nur für kühlere Temperaturen im Gebäude, sie minimieren gleichzeitig die Wärmereflexion in die Umgebung. Am Tage können damit auf einem Dach Lufttemperaturunterschiede von 4 bis 8 Grad Celsius und bei Nacht immerhin noch von 1 bis 2 Grad Celsius erzielt werden. Damit kann die Energie, die für Klimaanlage zum Kühlen der Räume verbraucht wird, um rund ein Fünftel verringert werden (vgl. Katzschner 2011). In Niedersachsen hat die Landeshauptstadt Hannover ein eigenes Förderprogramm für grüne Dächer aufgelegt (vgl. <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Umwelt-Nachhaltigkeit/Naturschutz/Mehr-Natur-in-der-Stadt/>).

Durch Versickerung und Rückhaltung des Regenwassers kann der oberirdische Wasserabfluss reduziert werden. Problematische Folgen des Klimawandels wie das stärkere und häufigere Auftreten von Hochwasser oder die Reduzierung der Grundwasserneubildung können begrenzt werden. Gleichzeitig kann das Regenwasser durch Zwischenspeicherung für die Anlage von Teichen oder für Bewässerungszwecke verwendet werden. Wichtige Bausteine sind der Rückbau versiegelter Flächen, die Verwendung wasserdurchlässiger und begrünter Flächenbefestigungen bei Neubauvorhaben, die Versickerung oder Rückhaltung von unbelastetem Regenwasser in z.B. Straßenmulden, auf Versickerungsflächen oder in Rückhaltebecken sowie die Anlage von Zisternen zur Nutzung von Dachflächenwasser.



1.7 Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt

Städte sind Lebensraum für Menschen, aber auch für viele – teils seltene und gefährdete – Pflanzen- und Tierarten. Die fortschreitende Urbanisierung ist zwar eine Bedrohung für die Biodiversität, sie beinhaltet aber auch neue Chancen. Großzügig und abwechslungsreich angelegte Grünanlagen in den Städten und Privatgärten werden nicht nur von Menschen sehr geschätzt, sie tragen auch wesentlich zur städtischen Artenvielfalt bei. Zahlreiche Studien zeigen, dass Städte im Vergleich zu der sie umgebenden Agrarlandschaft oft wesentlich artenreicher sind (vgl. Deutscher Städtetag 2011; Reichholf 2007).

Die Frage, ob fremde oder heimische Arten zur Förderung der Biodiversität eingesetzt werden sollen, wird intensiv diskutiert. Einige Fachleute favorisieren grundsätzlich die Verwendung einheimischer Pflanzenarten, weil diese besser an die regionalen Umstände angepasst sind. Allerdings gibt es Aspekte, die dabei nicht unberücksichtigt bleiben dürfen:

Der Lebensraum und die Wachstumsbedingungen für Pflanzen sind in den Städten grundlegend anders als auf dem Land. Die urbanen Temperaturen sind deutlich höher und der Boden ist entsprechend trockener. Einige fremde Arten kommen mit diesen Bedingungen besser zurecht. Der zweite Punkt ist der Klimawandel. Viele Arten fremder Herkunft sind an das veränderte Klima in unseren Regionen besser angepasst. Mittlerweile gibt es viele Pflanzen in städtischen Grünanlagen, die ursprünglich hierzulande nicht heimisch waren, die sich aber bestens etabliert haben.

Grundsätzlich steht der Erfolg der urbanen Biodiversität immer in engem Zusammenhang zur sach- und fachkundigen Verwaltung der städtischen Ökosysteme. Daher sind zum Beispiel die richtige Pflege der Pflanzen und des Bodens grundlegende Voraussetzungen für die Artenvielfalt in städtischen Grünräumen.

Beispiel: **Region Hasetal – Projekt „Mundraub“**

Durch das Hasetal, das sich über die Landkreise Cloppenburg, Emsland und Osnabrück erstreckt, führen viele touristisch genutzte Radwege. Mitte der 1990er Jahre hatte der Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal entlang des 200 km langen Radfernwegs „Hase-Ems-Tour“ tausende Obstbäume gepflanzt. Für die Gemeinden war es indes aufwändig, eine fachgerechte Pflege zu gewährleisten. Gemeinsam entwickelten Bürgerinnen und Bürger, der Tourismusverband und mundraub.org von 2012 bis 2014 Modelle für die nachhaltige Nutzung und Pflege dieser Obstbäume.

„Mundraub im Hasetal“ lautet die wörtlich zu nehmende Projektidee. Dafür wurde der Obstbaumbestand entlang des Radweges kartiert und auf der Plattform mundraub.org eingetragen. Jede der beteiligten Gemeinden erhielt einen Steckbrief über Pflege- und Vitalzustand der dazugehörigen Bäume. Für die Suche nach Baumpaten wurden Flyer verteilt und Bäume gekennzeichnet. Jeder der aktiven Baumpaten erhielt ein Starterkit mit Obstbaumschnittkurs, Obstbaumschere, Erntekorb sowie einem Handbuch. Träger der Maßnahme war der Zweckverband Erholungsgebiet Hasetal,

die Umweltbildungskomponenten sind von der Deutschen Stiftung Umweltschutz maßgeblich gefördert worden.

Seit Projektbeginn wurden über 200 Baumpaten gefunden. Auf dem Radweg zwischen Melle und Meppen wird an zahlreichen Bäumen legal zum Mundraub aufgerufen. Bänke mit integrierten Leitern geben an einigen Rastpunkten Hilfestellung bei der Ernte. Die Hasetal Touristik GmbH vermarktet die Mundraubregion und bietet beispielsweise Radtouren entlang der Obstbaumalleen an.

Zwei Jahre nach Projektbeginn wurde eine erneute Bestandsaufnahme zum Zustand der Bäume durchgeführt, mit erfreulichem Ergebnis: Die Anzahl der Bäume mit gutem bis sehr gutem Pflegezustand hat sich verdoppelt. Mit der Einführung des „Pflege-Cent“ unter dem Motto „Radeln fürs Klima“ können Pflegemaßnahmen und Neupflanzungen finanziert werden.

Link:

www.hasetal.de/service/mundraub-im-hasetal.html

2/ Herausforderungen und aktuelle Trends



Braunschweiger Ringgleis, Industriepfad

Im internationalen Vergleich sind Deutschlands Städte relativ gut mit Grün ausgestattet. Zudem nimmt die Vielfalt der Nutzungsformen immer mehr zu – sei es Erholung und Sport, Begegnung oder urbanes Gärtnern. Doch das Stadtgrün ist ungeachtet der großen Bedeutung, die Bürgerinnen und Bürger ihm beimessen, immer wieder auch Gegenstand widerstreitender Interessen. Von wesentlicher Bedeutung ist hier der Interessenkonflikt, der sich aus dem Wachstum vor allem der Großstädte, aber insgesamt durch den Trend der Reurbanisierung ergibt. Darüber hinaus haben nicht alle Menschen den gleichen Zugang zu Stadtgrün. Der Begriff „Umweltgerechtigkeit“ verweist auf die ungleiche Verteilung von Umweltnutzung und Umweltbelastungen in der Stadt. Vergleichsweise neu sind die Belastungen durch den Klimawandel, der einerseits das städtische Grün herausfordert, aber dessen Folgen sich auf der anderen Seite mit Stadtgrün abmildern lassen. Vom Ressourcenabbau und von zu kleinen Pflegebudgets können fast alle Kommunen ein Lied singen. Es zeigen sich aber auch positive neue Entwicklungen wie urbanes Gärtnern, grüne Zwischennutzungen oder eine sich für Grün- und Freiflächen engagierende Bürgerschaft.

Beispiel: **Braunschweiger Ringgleis – Grüner Ring rund um die Stadt**

Als Folgenutzung aufgegebener Bahnanlagen des historischen Ringgleises sowie entlang noch genutzter Bahnanlagen entwickelt die Stadt Braunschweig einen umschließenden grüingeprägten Freiraumring mit integriertem Rad- und Fußweg. Grundlage dafür ist der unter Beteiligung der Bürgerschaft erarbeitete Masterplan Ringgleis. Der Masterplan des Fachbereiches Stadtplanung und Umweltschutz wurde 2011 vom Rat der Stadt Braunschweig zur Umsetzung beschlossen. Jeder der Ringgleisabschnitte zeigt abhängig von Lage, Ausprägung und Nutzungsansprüchen einen eigenen Charakter. Der grüne Ring mit integriertem Rad- und Fußweg ist klimaschutzwirksam und hat durch die begleitend angebrachten Aufenthalts-, Spiel- und Sportangebote hohen Naherholungs- und Freizeitwert. Die Maßnahmen werden durch eine aktive Bürgerbeteiligung begleitet und sukzessive umgesetzt.

Die Zielsetzung geht deutlich über die Schaffung eines grünen Freiraumrings hinaus. Das neu geschaffene Freiraumsystem soll ein grünes Rückgrat der Stadtentwicklung sein, an dem sich neue Wohngebiete und neue Grünflächen orientieren. Das grüne Band dient dann auch als Verbindung bestehender Freiräume. Neben dem Wallring als ersten grünen Ring soll mit dem Ringgleis ein zweiter grüner

Ring entstehen, der durch „grüne Finger“ mit neuen und bestehenden Wohngebieten bzw. mit dem inneren grünen Ring verbunden wird.

Durch die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ wurde das westliche Ringgleis mit Hilfe von Städtebaufördermitteln bereits zwischen 2001 und 2011 auf einer Länge von etwa sieben Kilometern umgesetzt; es erfreut sich großer Beliebtheit in der Bevölkerung. Der Ringgleisweg verbindet kulturelle Einrichtungen, Schulen, Nahversorger, Wohnen und Arbeit. Damit wurden die infrastrukturellen Entwicklungen in diesem Bereich weiter begünstigt. Verschiedene Freizeitangebote wurden direkt am Ringgleisweg ebenfalls mit Städtebaufördermitteln realisiert wie zum Beispiel der Spielplatz Gartenkamp, der Jugendplatz Werksteig und mit Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der Jugend- und Skatepark am Westbahnhof, der Mehrgenerationenpark, der Garten ohne Grenzen sowie die denkmalgeschützte Grünanlage Jödebrunnen.

Link:

www.braunschweig.de/leben/im_gruenen/ringgleis/

2.1 Unterschiedliche Interessen und Anforderungen

Mit Grün in der Stadt können die unterschiedlichen Akteursgruppen sehr Unterschiedliches verbinden – entsprechend vielfältig und teilweise divergierend sind die Anforderungen. Zum einen geht es um die Flächen, die vor allem in der Innenstadt durch Einzelhandel, Wohnbebauung, Verkehrsflächen, Gewerbe oder eben Grünanlagen genutzt werden können. Gerade bei Nachverdichtungen stehen Grün- und Freiräume unter Druck. Im ländlichen Raum oder am Stadtrand gibt es eine Flächenkonkurrenz mit landwirtschaftlich genutzten Flächen. Aber auch bei vorhandenen Grünanlagen können Nutzungskonflikte entstehen. So vielfältig die Stadtgesellschaft ist, so vielfältig sind die Nutzungsansprüche.

Flächenkonkurrenzen in- und außerhalb der Städte

In den innerstädtischen Lagen konzentrieren sich unterschiedliche Nutzungsansprüche wie Handel, Dienstleistungen, öffentliche Einrichtungen, Wohnbebauung oder auch Stellplatzflächen. Eine konsequente Aufwertung von Fuß- und Radwegeverbindungen lässt sich oftmals nur unter Einbußen von Kfz-Stellplätzen im Straßenraum realisieren, was zumeist auf große Widerstände stößt. Grün- und Freiräume stehen hier ganz besonders „unter Druck“, denn stadtklimatische Belange und eine ausreichende Grünflächenversorgung werden von Entscheidungsträgern vielfach als weiche Standort-

Beispiel: **Dudensen – Vom Spiel- zum Mehrgenerationenplatz**

Dudensen in Neustadt am Rübenberge ist ein junges Dorf mit vielen Kindern. Es gab aber nur einen kleinen Spielplatz an der KiTa. Daher schlossen sich Eltern zu einer Initiative zusammen, um den Neubau eines weiteren Spielplatzes, der für Kinder ab sechs Jahren aufwärts geeignet ist, zu realisieren. Mit ihrem Wunsch wandte sich die Spielplatz-Initiative Dudensen (SpIDu) an den Ortsbürgermeister und an die Stadtverwaltung von Neustadt. Durch die Aufnahme des Dorfes in das Dorferneuerungsprogramm erhielt die SpIDu Fördermittel. Diese wurden über Spenden aufgestockt. So konnte das Vorhaben in mehreren Bauabschnitten realisiert werden.

Bei der Umsetzung wurden konkrete Eigenleistungen erbracht, wie die Erstellung des Holzzauns, die Durchführung von Erdarbeiten, der Einbau der Spielgeräte und Bänke sowie das Setzen von Bäumen und Sträuchern. Unterstützung leisteten zwei im Ort ansässige Garten- und Landschaftsbau-Betriebe. Aus dem anfangs geplanten Spielplatz für Kinder wurde ein Mehrgenerationenplatz mit Beachvolleyballfeld, Spielgeräten, Wasserspielplatz, Boulebahn, Bänken und Tischtennisplatte.

Link: www.spielplatz-dudensen.de



faktoren wahrgenommen und damit vergleichsweise wenig berücksichtigt. Aber auch außerhalb der Städte kommt es zu Interessenkonflikten. Betroffen sind intensiv und agrarindustriell genutzte landwirtschaftliche und andere Flächen. Beklagt wird die steigende Flächenkonkurrenz durch wachsende Ansprüche nicht nur für Wohnen, Verkehr und Gewerbe, sondern auch durch die hohe Nachfrage nach Flächen für den Anbau von Energiepflanzen und für neue Energietrassen (vgl. Rohr-Zänker 2014: 2).

Nachverdichtung in der wachsenden Stadt

Die wiedererstarke Bedeutung der Stadt als Wohnstandort lässt sich auch an einem verstärkten Zuzug in die innenstadtnahen Wohngebiete und dem damit verbundenen Bedarf an neuem Wohnraum erkennen. In wachsenden Städten entsteht ein steigender Druck auf Freiflächen zur Bekämpfung des Wohnungsmangels. Hier zeichnen sich Ziel- und Nutzungskonkurrenzen zwischen innerstädtischer Freiraumentwicklung und baulicher Nachverdichtung ab. Denn auf der einen Seite soll mehr Wohnraum in den Städten geschaffen werden, auf der anderen Seite sind attraktive und zugängliche Grünräume für die Lebensqualität und Gesundheit notwendig. In den Wachstumsregionen kann die innerstädtische Verdichtung zu einem lokalen Rückgang an Brachen und Grünflächen und damit auch zu einer geringeren Vernetzung von Grünflächen führen. Auch im Übergang zwischen Stadt und Land werden Freiflächen in Wachstumsregionen zunehmend bebaut, wodurch bestehende Grünssysteme unterbrochen werden.

Demografischer Wandel und Internationalisierung

Mit der Alterung der Gesellschaft und der Internationalisierung verschieben sich die Ansprüche der Nutzerinnen und Nutzer an Grün- und Freiräume. So hat die wachsende Personengruppe der älteren Menschen andere Anforderungen an die Gestaltung, Lage und Erreichbarkeit von Grünräumen als jüngere Generationen. Mit zunehmendem Alter wird die Mobilität geringer, so dass Grün- und Freiräume zum einen barrierefrei erreichbar und zum anderen in geringer Entfernung vorhanden sein sollten. 2030 wird bereits rund ein Drittel der Bevölkerung älter als 65 Jahre alt sein. In manchen Regionen wird bis 2025 der Anteil der über Sechzigjährigen über 40 Prozent liegen. Davon sind besonders ländliche Regionen in Ostdeutschland, in Süd-Niedersachsen, dem Ruhrgebiet, dem Saarland sowie Umlandregionen von Ballungsräumen

betroffen. Durch die anhaltende Zuwanderung steigt der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund auch in kleineren Städten und Gemeinden. Dieser Personenkreis ist in sich heterogen und hat entsprechend verschiedene, teilweise divergierende Bedürfnisse, die bei der Anlage und der Gestaltung von Grün- und Freiräumen zu berücksichtigen sind (Rittel u.a. 2014: 31).

Nutzungskonflikte aufgrund gegensätzlicher Ansprüche an Flächen

Die meisten öffentlichen Grünanlagen richten sich prinzipiell an das ganze Spektrum möglicher Nutzergruppen. Allerdings haben Kinder und Jugendliche, Sporttreibende und Ruhesuchende, Eltern mit kleinen Kindern und ältere Menschen – um nur einige Gruppen zu nennen – zum Teil sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Nutzungsinteressen. Viele Grünanlagen sind jedoch nicht groß genug, um parallel ein breites Spektrum an Angeboten zu ermöglichen. Die planerische Herausforderung besteht darin, für unterschiedliche und zum Teil auch widersprüchliche Ansprüche auf begrenzter Fläche hinreichend Raum zu bieten. Gerade die beiden klassischen Parknutzungen Ruhe und Erholung sowie Sport und Spiel bringen immer wieder Nutzungskonflikte zwischen jüngeren und älteren Nutzergruppen mit sich. Nur eine entsprechende Planung mit differenzierten Angeboten und einer guten Beteiligung kann diese Nutzungskonflikte reduzieren.

Naturschutz und Naherholung

Viele Bürgerinnen und Bürger bevorzugen sorgfältig gestaltete und gut gepflegte Park- und Grünanlagen. Die Nutzung und der regelmäßige Eingriff im Rahmen des Pflegemanagements kann jedoch die im Stadtgrün lebenden Pflanzen und Tiere stören und trägt somit nicht unbedingt zur biologischen Vielfalt bei. Nur durch eine gesamtstädtische Planung und Trennung von intensiven und weniger intensiv bis gar nicht gepflegten Bereichen können solche Nutzungskonflikte vermieden werden. Gute Kompromisse sind beispielsweise extensive Staudenanlagen. Hierzu wird ein speziell ausgewähltes Staudensortiment als Initialpflanzung auf eine entsprechend vorbereitete Pflanzfläche eingebracht. Im Ergebnis sind diese Flächen deutlich ansprechender als Spontanvegetationen und unterliegen dennoch einer Sukzession, so dass sie sich im Lauf der Jahre in ihrer Zusammensetzung verändern. Der Pflegeaufwand ist sehr gering und beschränkt sich auf ein jährliches Abmähen.

2.2 Zugang zu Grün- und Freiflächen

Grün- und Freiflächen haben eine hohe Bedeutung für in der Stadt lebende Menschen. Hier können sie sich erholen, Sport treiben, Bekannte treffen, Kinder können spielen. In den Städten und Gemeinden sind diese Flächen ungleichmäßig verteilt: Während die Vororte und die Villenviertel sehr gut mit Grünräumen ausgestattet sind, verfügen innerstädtische Quartiere und die Innenstadt mit ihrer dichten Bebauung kaum über qualitativ hochwertige und ausreichend große öffentliche Grün- und Freiflächen. Die Wechselwirkung zwischen sozialen Lebensbedingungen und möglichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Umweltbelastungen wird in Deutschland auch mit dem Begriff Umweltgerechtigkeit bezeichnet (vgl. Hornberg 2011). Ausgangspunkt der Debatte ist die Beobachtung, dass Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von Grünräumen in der Stadt in der Regel nicht gleichermaßen verteilt sind. Der stadt- und freiraumplanerische Umgang mit Grün- und Freiräumen wird damit auch zu einer Frage sozialer Gerechtigkeit.

Ungleiche Verteilung von Stadtgrün

Die Städte in Deutschland sind je nach Größe sehr unterschiedlich mit Grün- und Freiflächen ausgestattet: Mit zunehmender Größe sinkt der Grünanteil pro Einwohner. So können Großstädte durchschnittlich nur ca. 46 Quadratmeter Grünfläche je Einwohner vorweisen, während in größeren Kleinstädten 56 und in kleinen Kleinstädten sogar 71 Quadratmeter pro Einwohner zur Verfügung stehen. Unterschiede gibt es auch innerhalb der Städte: Hier sind es insbesondere die dicht bebauten Innenstädte und die Quartiere mit Block- und Blockrandbebauung, in denen das Grünraumangebot knapp ist. Besonders problematisch stellt sich die Situation in sozial benachteiligten Quartieren dar. Hier ist der Anteil der Grünflächen mit durchschnittlich 38 Quadratmetern pro Einwohner deutlich geringer als der allgemeine Durchschnitt mit 50 Quadratmetern pro Einwohner. Gemeinsame Analysen von Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsdaten belegen ebenfalls Gründefizite in Quartieren, in denen vor allem ärmere und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen leben (vgl. BMUB 2015: 70).

In diesen Lagen verstärkt sich das Problem der mangelhaften quantitativen Grünversorgung noch durch eine überdurchschnittliche Umweltbelastung mit Feinstaub, Stickoxiden, CO₂, Lärm und weiteren schädlichen Umweltwirkungen. Hinzu kommen dann sehr häufig noch hohe Verkehrszahlen, was zu einer doppelten Benachteiligung der

Wohnbevölkerung in diesen Lagen führt. Das Wohnumfeld ist jedoch für benachteiligte, ältere oder mobilitätseingeschränkte Menschen besonders wichtig, weil diese aufgrund ihres geringeren Aktionsradius besonders auf die Ressourcen in ihrem Wohnumfeld angewiesen sind. Aus diesem Grund ist die Erhaltung und Neuschaffung von qualitativ hochwertigen Grünräumen gerade in benachteiligten Stadtvierteln erforderlich.

Unzureichende Durchgrünung

Die Europäische Umweltagentur empfiehlt, dass sich an jedem Punkt einer Stadt in maximal 300 Meter Entfernung die nächste Grünanlage befinden soll. In Großstädten ab 500.000 Einwohnern ist das für jeden fünften Bürger nicht gegeben. Noch größer ist die Entfernung zu öffentlichen Grünflächen für viele Bürgerinnen und Bürger in kleineren Großstädten und in Städten ab 20.000 Einwohnern – dort deckt allerdings ein höherer Anteil an privaten Hausgärten den Bedarf an Grün. Die Ziele der Bundesregierung sind zu dieser Frage klar: „Bis zum Jahre 2020 ist die Durchgrünung der Siedlungen einschließlich des wohnumfeldnahen Grüns (zum Beispiel Hofgrün, kleine Grünflächen, Dach- und Fassadengrün) deutlich erhöht. Öffentlich zugängliches Grün mit vielfältigen Qualitäten und Funktionen steht in der Regel fußläufig zur Verfügung“ (BMUB 2007/2015: 42).

Qualitätsverlust von Grün- und Freiräumen und Brachen in schrumpfenden Städten

Im Bundesgebiet stehen Ballungszentren und wachsende Städte einer größer werdenden Zahl an Städten gegenüber, die Bevölkerung und Arbeitsplätze verlieren. Mit der schwindenden Attraktivität der Stadtzentren, der Abwanderung von Unternehmen und dem demografischen Wandel entstehen Brachen und Wohnungsleerstand. Mit den geringer werdenden finanziellen Spielräumen fehlen Mittel für die Pflege und die Neuschaffung von Grün- und Freiräumen. Ungestaltete und ungepflegte Grünräume haben nicht nur eine geringe Aufenthaltsqualität, sie können auch als Angsträume empfunden werden. In der Folge werden solche Grünräume gemieden. Auch neu entstandene Brachflächen in schrumpfenden Städten, von Pionierpflanzen besiedelt, werden nicht als Grünraum oder als Bereicherung empfunden, sondern häufig als Ausdruck des sozialen und wirtschaftlichen Rückgangs und Verfalls (Rittel u.a. 2014: 42).

Mit dem Rückbau entstehen aber auch Chancen zur Gewinnung städtebaulicher Qualitäten. „Denn mit dem Zuviel an Freiraum entsteht ein tatsächlich freier Raum, in dem plötzlich die Chance besteht, über qualitative Ziele städtischer Entwicklung neu nachzudenken: Verbesserung des Stadtklimas durch Renaturierung sowie Wildnis- oder Vernässungsbereiche und aktive Teilhabe durch In-Kulturnahme städtischer Brachen als Nachbarschafts- und Stadtgärten sowie als Anbauflächen für nachwachsende Rohstoffe oder gesunde Lebensmittel direkt in der Stadt“ (Naturkapital Deutschland – TEEB DE 2016: 140). Der Schrumpfungsprozess einiger Städte hat in den letzten Jahren zu einem weiteren Bedeutungsgewinn von Grünflächen im Stadtraum geführt. Aber dieser Prozess erfolgt „nicht von selbst, sondern erfordert zielgerichtete Planung, Investitionen und geeignete Instrumente“ (Sachverständigenrat für Umweltfragen 2016: 260).

Verbesserung der Freiraumvernetzung, Fuß- und Radwegeverbindungen

Häufig stehen in baulich verdichteten Stadträumen wenig wohnungsnah Grünflächen zur Verfügung. Daher hat die Erreichbarkeit der vorhandenen Grünflächen eine besondere Bedeutung für diejenigen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind. Durch eine möglichst kurze und verkehrssichere Anbindung der Wohnquartiere und eine attraktive Freiraumvernetzung wird das aktive Aufsuchen dieser Erholungs- und Freizeiträume erleichtert und gefördert. Der Ausbau der Freiraumverbindungen macht zudem den Umstieg auf klimafreundliche Fortbewegungsmittel attraktiver und führt zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit durch die Entflechtung der motorisierten und der unmotorisierten Fortbewegung.

Beispiel: **Gehrden / Leveste – Solidarische Landwirtschaft**

Eine neue und andere Form der Landwirtschaft betreiben die Mitglieder der Solidarischen Landwirtschaft Gemeinschaftsgärtnerei Wildwuchs e.V. in Leveste. Über 200 „GemüsefreundInnen“ haben sich in einer Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaft zusammengeschlossen und kooperieren mit der Gärtnerei Wildwuchs GbR. Mit einem monatlichen Beitrag ermöglicht die Gemeinschaft der Gärtnerei die Produktion von biologisch angebautem Obst und Gemüse. Die Ernte wird im Gegenzug unter den Mitgliedern aufgeteilt. Solidarisch zahlt jeder, was er kann. Darüber hinaus arbeiten die Mitglieder je nach Möglichkeit und Interesse bei der Ernte, der Gartenarbeit, der Depotverwaltung oder der Gemüseverteilung etc. mit.

Das Obst und Gemüse wird wöchentlich an Depots ausgeliefert oder kann einmal die Woche direkt vom Hof abgeholt werden. Durch die solidarische Landwirtschaft erhalten die Mitglieder gesunde Nahrung aus der Region, Unabhängigkeit vom Markt und der Agrarpolitik und können gemeinsam gärtnern.

Link: www.solawi-wildwuchs.de



2.3 Belastungen durch den Klimawandel

Mit dem Klimawandel werden zusehends Städte und Gemeinden von Temperaturextremen, Überschwemmungen, Unwettern, Veränderungen des Wasserhaushalts, Veränderungen der biologischen Vielfalt und einer Zunahme der Luftschadstoffkonzentration betroffen (Rittel u.a. 2014: 28f). Die Veränderungen erfolgen jedoch nicht überall in gleicher Form.

Die folgende Übersicht zeigt die potenziellen Folgen des Klimawandels auf den urbanen Raum in Deutschland:

Menschliche Gesundheit

- Sinkender thermischer Komfort
- Durch Hitze und Kälte bedingte Todesfälle, veränderte Krankheitsbilder
- Steigende Gefährdung durch Extremereignisse

Lufthygiene

- Steigende Konzentration toxischer Stoffe
- Erhöhter Bedarf an Frischluftentstehungsgebieten

Freiräume und Grünflächen

- Erhöhter Bedarf an Kaltluftentstehungsgebieten und Erholungsflächen
- Veränderte Ansprüche an Freiflächen (z.B. Schatten)
- Veränderung des Pflegebedarfs der Grünbestände (vor allem hinsichtlich Bewässerung)
- Veränderung der Eignung von Pflanzen (z.B. Straßenbäume)
- Veränderung der Biodiversität

Wasserhaushalt

- Veränderte Häufigkeit und Höhe von Flusshochwässern
- Steigender Wasserbedarf und sinkendes Brauchwasserangebot im Sommer
- Veränderte Qualität von Oberflächen- und Grundwasser

Energie, Infrastruktur, Verkehr und Tourismus

- Steigender Energiebedarf für Kühlung und Wasseraufbereitung
- Veränderte Ansprüche an technische Infrastruktur (z.B. Entwässerung)
- Veränderte Ansprüche an soziale Infrastruktur (z.B. Klimatisierung von Kindergärten und Schulen)
- Vermehrte Schäden, Anlagenausfälle und Verkehrsbehinderungen bei Extremereignissen

- Steigende Kosten für die Instandhaltung von Verkehrswegen
 - Auswirkungen auf die Dauer der touristischen Saison und das Stadtimage
 - Veränderung der Badegewässerqualität (z.B. durch Algenblüte)
- (vgl. Stadt Nürnberg 2012: 8; nach BBSR 2009: 20f)

Wärmeinseln

Die baulich stark verdichteten und versiegelten Innenstadtbereiche heizen sich vor allem in den Sommermonaten tagsüber stark auf und speichern die Wärme bis in die Nacht. Die befestigten Oberflächen von Straßen, Plätzen und Fassaden reflektieren die Sonnenenergie als langwellige Strahlung und heizen damit das Stadtklima auf. Treffen in der Stadt hohe Temperaturen, langwellige Strahlung und Luftverschmutzung zusammen, entsteht gesundheitsschädlicher Smog. Doch nicht nur die Außenluft heizt sich auf. Auch in den Gebäuden wird es zunehmend wärmer, so dass mehr Energie zum Kühlen von Büros und Wohnungen notwendig ist.

Grün- und Freiflächen hingegen kühlen rasch aus und produzieren erfrischende Kaltluft. Fassadengrün wirkt kühlend auf Wohn- und Arbeitsräume. Im Zuge des Klimawandels ist damit zu rechnen, dass in den Städten die Zahl der Sommertage mit Temperaturen von mehr als 25 Grad Celsius um 30 bis 70 Prozent, über 30 Grad Celsius sogar um bis zu 100 Prozent zunehmen. Gerade die Gesundheit und Lebensqualität älterer Menschen wird durch die starke Wärmebelastung zunehmend beeinträchtigt. Daher wird das Grün zur Minderung klimawandelbedingter Extreme in Zukunft immer wichtiger werden (vgl. BMVBS 2010; MUNLV 2010: 9ff.).

Starkregenereignisse

Mit dem Klimawandel wird es mittel- bis langfristig zu einer deutlichen Zunahme extremer Niederschlagsereignisse kommen. Hierbei ist sowohl mit einer stärkeren Intensität als auch mit einer erhöhten Dauer der Niederschläge zu rechnen. Wegen der immer stärker versiegelten Böden muss das Niederschlagswasser zum größten Teil unmittelbar durch die Kanalisation abgeführt werden. Doch schon heute reicht die Kapazität der Entwässerungsleitungen bei Starkregenereignissen oftmals kaum aus, um die anfallenden Wassermengen aufzunehmen – mit entsprechenden Folgeschäden durch unterspülte und überschwemmte Straßen und Bauwerke. Grün- und Freiflächen wirken als Überstauplächen, verzögern

den Wasserabfluss und mindern so die Folgen starker Niederschläge. Damit erhöht Stadtgrün die Klimaresilienz, also die Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen und Risiken des Klimawandels (vgl. BMVBS 2013: 70).

Belastung der städtischen Vegetation

Stadt- und Straßenbäume sowie Straßenbegleitgrün sind aufgrund ihres Standortes bereits Stressfaktoren ausgesetzt. Dazu zählen unzureichender Wurzelraum, geringes Wasserangebot durch Versiegelung des Umfeldes und Streusalzbelastung, die durch den Klimawandel noch verstärkt werden. Einige der gängigen Stadtbaumarten leiden immer stärker

unter den zunehmend wärmeren und trockeneren Sommern sowie unter neu eingewanderten Schädlingen und Erkrankungen. Das ist insbesondere deswegen eine problematische Entwicklung, weil Stadtbäume in großem Maße zum Klimaschutz beitragen. Pro Jahr speichern Stadtbäume etwa 62 Millionen Tonnen CO₂ (vgl. Grün in die Stadt 2016). Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass Stadtbäume, die z.B. im Zuge von Baumaßnahmen gefällt werden, kein CO₂ mehr aufnehmen, wodurch die klimaschädliche CO₂-Belastung steigt. Daher sollte bei der Bepflanzung verstärkt auf trockenheitstolerante Gehölze, Stauden oder Ansaaten zurückgegriffen werden.

Beispiel: **Hildesheim – Kleingartenverein Bockfeld engagiert sich**

Kleingärten dienen nicht nur der Freizeit und Erholung der Menschen, sie sind auch Lebensraum für Pflanzen und Tiere in der Stadt und tragen damit zur Biodiversität sowie zur Verbesserung des Stadtklimas bei. Im Kleingartenverein Bockfeld in Hildesheim verzichten die Gärtner auf den Einsatz von Herbiziden und lassen die meisten Wege unversiegelt. Zum Verein gehört auch eine Streuobstwiese, auf der zahlreiche Tierarten Nahrung finden. Die Lage der Kleingartenanlage ist optimal. Eingebettet in das Wohnumfeld verbindet sie die Stadt mit der freien Landschaft und sorgt so zugleich für eine Frischluftversorgung der Wohngebiete.

Besonders ist aber das soziale Engagement des Vereins. Zum einen ist das Gartengelände für Besucherinnen und Besucher aus dem Stadtteil offen und bietet vielfältig nutzbare gemeinschaftliche Flächen für Spiel, Begegnung und Ruhe. Gerne kommen zum Beispiel die im nahen Christophorusstift wohnenden Seniorinnen und Senioren. Zum anderen werden einzelne Gärten für soziale und Bildungsprojekte zur Verfügung gestellt. Ein Garten wird von der Wohngruppe der Diakonie Himmelsthür betreut. In einem anderen können minderjährige Mütter des Vereins „Pro Kids“ ihre Kinder krabbeln und spielen lassen. Und in einer weiteren Parzelle ist der Schulgarten der Gelben Schule am Moritzberg untergebracht und die Kinder können dort



Natur hautnah erleben. Für die Kleinsten gibt es einen Spielplatz auf dem Gelände des Vereinshauses. Auf Veranstaltungen wie Kinder- und Sommerfesten sind nicht nur die Vereinsmitglieder, sondern auch die im Stadtteil wohnenden Menschen gerne gesehen.

Link: www.gartenfreunde-bockfeld.de

2.4 Kommunale Grünplanung und -pflege

Die Bedeutung, die Grünräumen für die Stadtentwicklung beigemessen wird, hängt in Kommunen auch von ihrer Größe und von den vorhandenen Grünflächen innerhalb der Stadt bzw. der Gemeinde ab. Bei Dörfern und kleineren Städten, die oftmals von Grünräumen umgeben bzw. wenig verdichtet sind, hat Grün eine geringere Bedeutung als in den verdichteten Innenstädten und Wohnquartieren der Großstädte. Dazu kommt der in vielen Städten und Gemeinden oftmals hohe Anteil an privaten Grünflächen. So liegt der Anteil der Grünflächen auf privatem Grund in Oldenburg bei 85 Prozent. In Achim, das aus mehreren zusammengewachsenen Dörfern besteht, sind die alten Dorfstrukturen mit breiten Grundstücken, großen Gärten und kleinen Plätzen an den Straßenecken noch vorhanden. Unabhängig von der Größe sind Kommunen von vielen Herausforderungen gleichermaßen betroffen.

Verantwortung und Kompetenzen auf mehrere städtische Institutionen verteilt

Mit der Planung, der Herstellung und der Pflege von Stadtgrün sind in den kommunalen Verwaltungen mehrere Ämter und gegebenenfalls Dezernate befasst: dazu gehören je nach Größe und Struktur Stadtplanung, Grünplanung, Kämmerei, Bauhof, Liegenschaftsabteilung, Umweltamt, Ordnungsamt, Straßenverkehrsplanung und andere. Die jeweiligen Ämter oder Abteilungen haben teilweise ähnliche und teilweise divergierende Interessen. Während beispielsweise die Abteilung, die mit Pflege und Unterhalt befasst ist, aufgrund begrenzter Ressourcen lieber gepflasterte Flächen pflegt als ein Staudenbeet, möchte das Grünflächenamt gerne ein Staudenbeet oder eine Hecke pflanzen, weil sie Flächen entsiegeln, einen Lebensraum für die heimische Tierwelt erhalten und Räume mit einer hohen Aufenthaltsqualität schaffen möchten. Genauso möchte das Stadtplanungsamt öffentlich nutzbare Aufenthaltsflächen für die Stadtbevölkerung schaffen, während das Liegenschaftsamt gegebenenfalls diese Flächen für Wohnungsbau nutzen möchte. Diese Interessenkonflikte verschärfen sich in einer wachsenden Stadt mit begrenzten Flächen sowie in innerstädtischen Lagen, in denen zahlreiche Funktionen konzentriert sind. Eine Abwägung der verschiedenen Interessen kann über ein Leitbild, in dem konkrete Zielvorgaben enthalten sind, und über eine Organisationsstruktur der Stadtverwaltung erleichtert werden, in der die entsprechenden Fachämter in einem Fachbereich oder Dezernat zusammengefasst sind.

Konzepte und Planungen

Immer mehr Menschen haben (wieder) den Wunsch, in Städten und Stadtregionen zu wohnen. Dies gilt sowohl für Junge als auch für Alte, ebenso für Singles wie für Familien. Eine besondere Bedeutung bei der Wahl des Wohnstandortes kommt hierbei einem grünen Wohnumfeld zu. Dies stellt die Stadtplanung vor neue Herausforderungen, vor allem hinsichtlich der Qualität und der Gestaltung von Grün- und Freiflächen. Hier steht die Entwicklung stadtgestalterischer und ökologischer Qualitäten im Mittelpunkt. Darüber hinaus müssen ausgedehnte Freiflächen wie Parks, größere Grünanlagen oder ehemalige Kleingartengebiete entwickelt werden. Zudem stehen Kommunen vor der Frage, wie stadtgestalterische Qualitäten mit den erforderlichen sozialen Funktionen – beispielsweise Aufenthaltsqualität und nicht motorisierte Mobilität – in Einklang gebracht werden können. Zur sinnvollen und zielgerichteten Ausgestaltung der erforderlichen Planungs- und Entscheidungsprozesse benötigen die Kommunen langfristig orientierte Entwicklungspläne.

Abbau personeller Ressourcen

Mit der weiteren Ausdehnung der Siedlungsflächen, aber auch durch die erfolgreiche Eingriffs-Ausgleichs-Regelung haben sich die Grün- und Erholungsflächen in Deutschland zwischen 2009 und 2013 durchschnittlich um mehr als 20 Hektar pro Tag ausgedehnt (vgl. SRU 2016: 247). Diesem Zuwachs an Grün- und Erholungsflächen gegenüber steht jedoch ein deutlicher und anhaltender finanzieller und personeller Abbau in den Grünflächenämtern. In der Folge können die Kommunen häufig nur noch eine Minimalpflege ihrer Grünflächen leisten. Weil die Qualität der Grünplanung und -pflege einen unmittelbaren Einfluss auf die Qualität des Stadtgrüns hat, sind hier Lösungsansätze zu entwickeln. Neben der Frage von Personalressourcen sind dabei zum Beispiel neue Pflegekonzepte von Bedeutung.

Grünflächenversorgung ist eine freiwillige kommunale Aufgabe

Stadtgrün muss gepflegt werden. Voraussetzung für eine lange Lebensdauer der Pflanzen und eine hohe Aufenthaltsqualität ist ein guter Pflegezustand der Anlagen. Deshalb sollten bereits bei der Konzeption von Grünräumen die Pflegebelange und Lebenszykluskosten berücksichtigt werden. Dies stellt eine vorausschauende, aber auch kosten- und pflegeintensive Daueraufgabe dar, die über Kommu-



Bissendorf, Bürgergarten

nalhaushalte getragen werden muss. In der Praxis ist jedoch manchmal das Gegenteil der Fall. Gerade bei Kommunen, die sich in Haushaltsnotlagen befinden, werden Mittel für die Unterhaltung und Pflege gestrichen. Der Mangel an Finanzmitteln kann so weit führen, dass Grünanlagen nicht mehr geschaffen werden, weil die Kommunen die Kosten für die Pflege nicht aufbringen können. Aber auch in Kommunen mit einer weniger problematischen Haushaltssituation wird bei wachsenden Grünflächen das Pflegebudget oftmals nicht entsprechend aufgestockt, weil die Sensibilität für die Bedeutung des Stadtgrüns nicht verankert ist.

Verkehrssicherungspflicht

In den letzten Jahren sind die Anforderungen zur Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht deutlich gestiegen. Dies bindet in den Kommunen große finanzielle und personelle Ressourcen. Vor allem der Altbaumbestand wird aus der Sicherheitsperspektive oftmals als besonders problematisch beurteilt und wird verstärkt zurückgeschnitten oder beseitigt. Dies ist aus ökologischer Sicht kritisch zu beurteilen, weil gerade alte Bäume von großer ökologischer Qualität und Klimawirksamkeit sind.

Potenziale von Brachflächen

In jeder Stadt – egal ob wachsend oder schrumpfend – gibt es immer wieder Flächen, die kürzer oder länger brachliegen. In schrumpfenden Städten sind es jedoch mehr und auch über längere Zeiträume. Daher sind seit den 1990er Jahren nicht zuletzt aufgrund des verstärkten Bürgerengagements Zwischennutzungen stark gefragt. Urban-Gardening-Projekte, Gemeinschaftsgärten oder Skaterparks sind beliebte temporäre Nutzungen. Die Initiativen solcher Zwischennutzungsprojekte haben es jedoch nicht immer leicht, die öffentliche Hand oder Privatleute für die Idee zu gewinnen, ihre Flächen für eine überschaubare Zeit für diese Nutzungen

freizugeben. Die Gründe für diese Zurückhaltung oder Weigerung sind vielfältig – sei es generelle Skepsis, die Befürchtung, wirtschaftliche Interessen nicht realisieren zu können, oder die Angst vor dem bürokratischen Aufwand bis hin zu ungeklärten rechtlichen Fragen. Ausschlaggebend kann auch die Sorge sein, dass sich Zwischennutzer nach längerer Flächennutzung weigern könnten, „ihre“ Flächen wieder freizugeben. Ebenso können Anwohnerproteste die Umsetzung von Zwischennutzungsprojekten erschweren oder verhindern. Um Bedenken dieser Art zu zerstreuen, haben sich Zwischennutzungsverträge bewährt, die den Zeitraum der Zwischennutzung sowie den am Ende zu erfolgenden Rückbau regeln (vgl. Stevens, Voigt 2007).

Nachhaltige Grünplanung ist kein Förderschwerpunkt der Förderprogramme

Maßnahmen im Grün- und Freiraum gehören zu den Standards aller Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung. Seit 2015 unterstreichen Bund und Länder in ihrer Verwaltungsvereinbarung dabei besonders die Bedeutung von Grün- und Freiräumen in den Städten und Gemeinden für den Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz, die biologische Vielfalt, die Gesundheit und den sozialen Zusammenhalt in Stadtquartieren. Die Schaffung und die Erhaltung von Grün- und Freiräumen werden in allen Programmen als Fördertatbestand genannt (vgl. VV 2015: 2). Städtisches Grün als Bestandteil integrierter Stadtentwicklung ist damit als Querschnittsthema in allen Programmen der Städtebauförderung verankert. Schon vor dieser Hervorhebung wurden im Rahmen der Städtebauförderung zahlreiche Maßnahmen zur Grün- und Freiraumentwicklung realisiert. Die notwendige Pflege ist jedoch nicht förderfähig. Dies stellt die Kommunen vor zusätzliche finanzielle Belastungen, wenn sie Grün- und Freiräume neu schaffen.

2.5 Neue Nutzungen im und mit Stadtgrün

In den letzten Jahren sind neue Ausprägungen des Stadtgrüns in den Fokus räumlicher Planung und Entwicklung gerückt. Nicht zuletzt die wachsenden Eigenaktivitäten der Bürgerschaft belegen eine zunehmende Aufmerksamkeit für das urbane Grün, die sich mittlerweile auch in kommunalen Strategien widerspiegelt.

Urbanes Gärtnern

Die unter dem Begriff „Urban Gardening“ zusammengefassten Gärten sind sehr unterschiedlich. Vielerorts lässt sich die Gründung von Nachbarschafts- beziehungsweise Ge-

meinschaftsgärten beobachten (vgl. BBSR 2015). Selbstorganisierte urbane Gärten zeichnen sich durch eine gewisse Offenheit und Flexibilität aus. Oft dient das Gärtnern als Plattform, um verschiedene Menschen zusammenzubringen. Meist geht es auch um die Herstellung von Nahrungsmitteln; hier spricht die Wissenschaft auch von „produktiven Stadtlandschaften“. Der Boden wird zur gemeinsamen Ausgangsbasis für lebensnotwendige Güter wie Obst und Gemüse, aber auch für Freundschaften und Gemeinsamkeiten. Diese Erkenntnis machen sich auch die interkulturellen Gärten zunutze. Sie sprechen insbesondere Menschen mit Migrations-

Beispiel: **Simonswolde / Ihlow – Wassererlebnispfad**

Ein schönes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement ist der Wassererlebnispfad Sand+WaterWerk in Simonswolde, einem Ortsteil der Gemeinde Ihlow im Landkreis Aurich. Im Dorf gab es ein kleines aufgegebenes Freibad, das die Gemeinde dem Verein „Sand+WaterWerk Simonswolde“ zur Verfügung gestellt hat. Der bürgerschaftliche Verein wollte

das Gelände für die Öffentlichkeit und insbesondere für die Dorfbevölkerung erhalten und nutzbar machen.

Idee war, das 4.500 m² große Gelände unter dem Leitthema Wasser in einen Mehrgenerationengarten für die Dorfbevölkerung und zugleich einen außerschulischen Lernort für Umweltbildung umzugestalten. Beim Umbau wurden die Strukturen des alten Freibades aufgegriffen und in Verbindung mit dem großem natürlichen See des Dorfes, dem Sandwater, mit dem Leitthema „Wasser in Ostfriesland“ Spielplatz, Mehrgenerationengarten und Umweltbildungsstätte in einem geschaffen.

Heute besuchen neben Kindergärten aus der Gemeinde, Grundschulklassen aus dem weiteren Umfeld und Familien den Wassererlebnispfad. Das Wasserbecken des Freibades wurde verfüllt, um es als Wasserspielplatz zu nutzen. Hier darf gematscht und gebuddelt werden. Auf der ehemaligen Liegewiese ist eine kleine Wasserlandschaft mit einem Ringkanal entstanden. Schautafeln mit historischen Fotos erklären die Funktion der Stationen. Es sind naturnahe Bereiche zum Erkunden und Entdecken geschaffen worden, die vielseitige Naturbeobachtungen ermöglichen. Ein kleiner See mit Beobachtungssteg wird umrahmt von naturnahem Nieder- und Hochmoor.



Link: www.simonswolde.net

hintergrund, aber auch andere soziale Milieus und Lebensformen an.

Darüber hinaus gibt es auch Beispiele für gärtnerische Aktivitäten, die sich nicht auf eine einzelne, klar umgrenzte Fläche beschränken, sondern einen raumübergreifenden Ansatz verfolgen. Das ist etwa im „essbaren Andernach“ der Fall, wo ein Fünftel der städtischen Grünanlagen mit Nahrungsmitteln bepflanzt ist. Das Konzept der essbaren Stadt wurde seitens der Stadtverwaltung initiiert, entwickelt und ist zu einem Vorbild für andere Städte geworden.

Urbane Landwirtschaft

Der Gartenbau beziehungsweise die Landwirtschaft kehren zunehmend auch in wirtschaftlich rentablen Formen in die Städte zurück. Neben der Produktion von Lebensmitteln sind auf wirtschaftlicher Ebene unter anderem die Schaffung von Arbeitsplätzen und neuen lokalen Märkten zu nennen. Die Möglichkeiten der Direktvermarktung und damit kurzer Transportwege stellen für die urbane Landwirtschaft eine besondere Chance dar. Durch die lokale Handlungsebene ist der Markt für die urban erzeugten Lebensmittel direkter und vielfältiger als außerhalb der Städte. Hofläden, Märkte und gastronomische Angebote sind daher häufiger Bestandteil der stadt- und damit verbrauchernahen Landwirtschaft (vgl. Jahnke 2007; Lohrberg 2011).

Grüne Zwischennutzungen

Im Zuge des Wirtschaftswandels entstehende innerstädtische Brachflächen bieten neue Möglichkeiten für die kommunale Freiraumentwicklung. Die Brachflächen werden nicht immer einer Nachnutzung zugeführt und können Abwertungsprozesse verstärken. Brachen stellen aber auch eine Möglichkeit dar, auf das Bedürfnis nach grünem Freiraum reagieren zu können und sie durch die Bevölkerung nutzen zu lassen. Einen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung können beispielsweise temporäre Begrünungen und Gestaltungen, produktive Grünflächennutzungen oder nutzungsspezifische grüne Zwischennutzungen wie etwa Spielplätze, Kinderbauernhöfe oder Erlebnisparks leisten. Vor allem in schrumpfenden Städten können auch ganz neue Formen der Agrarflächen zur Stärkung ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit, Klima- und Artenschutz, gesunder Ernährung, aktiver Betätigung, kostengünstiger Bewirtschaftung städtischer Freiflächen und dezentraler Energieversorgung beitragen. Temporäre grüne Nutzungen bieten zudem auch

Potenziale für die Einbindung der lokalen Bevölkerung und kreative Möglichkeiten zur bürgerschaftlichen Mitgestaltung von Quartieren (vgl. MBWSV 2014: 24f).

Mitwirkungswunsch der Bevölkerung

Vor allem in wachsenden und prosperierenden Städten, die von einem engen Wohnungs- und Gewerbeflächenmarkt gekennzeichnet sind, stellt die Nachverdichtung eine zentrale Strategie zur Schaffung von neuem Wohnraum dar. Dabei sind gerade Baumaßnahmen im innerstädtischen Bereich mit der Versiegelung vormaliger Grünflächen verbunden. Dies ist für Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort mit einem direkt erlebbaren Verlust verbunden. Aus diesem Grund kommt es immer wieder zu heftigen Widerständen aus der Bevölkerung, wenn z.B. im Zuge von bevorstehenden Baumaßnahmen Baumfällungen angekündigt werden. Neben dem Wunsch, über solche Fragen mitentscheiden zu wollen, fordern die Bürgerinnen und Bürger immer öfter, auch über die Art der Gestaltung von Grünflächen mitbestimmen zu dürfen. Für die Kommunen erwächst hieraus in zunehmendem Maße die Aufgabe, die Bevölkerung frühzeitig und intensiv bei Maßnahmen im öffentlichen Raum zu beteiligen sowie generell dem bürgerschaftlichen Engagement mehr Raum zu geben und z.B. alternative Nutzungen zu erleichtern.

Bürgerschaftliche Grünprojekte

Die Nutzung von Grünflächen ist immer eine aktive Form der Aneignung von Stadt. Es zeigt sich, dass kommunale Freiräume nicht immer die Nutzungsmöglichkeiten berücksichtigen, die die Bevölkerung sich wünscht. So entstehen Projekte aus der Motivation der Bewohnerinnen und Bewohner heraus, aktiv an der Quartiersentwicklung mitzuwirken und die Freiräume gemäß den eigenen Wünschen und Vorstellungen zu gestalten. Im Mittelpunkt stehen hierbei häufig Nutzungsinteressen, die den Rahmen der ursprünglichen Flächengestaltung und Nutzungszuweisung verlassen. Stattdessen werden Möglichkeiten der gärtnerischen oder sport- und freizeitbezogenen Nutzung ausgelotet. Häufig entstehen auf diese Weise Flächen und Nutzungsformen, die auf hohe Akzeptanz der lokalen Bevölkerung stoßen. Dies verweist auch auf oftmals als einengend empfundene Nutzungsregulierungen im Freiraum und den verbreiteten Wunsch, Verantwortung zu übernehmen und sich aus eigenem Interesse heraus zu engagieren und einzubringen.

3/Vom Stadtgrün zu grüner Infrastruktur



Hannover Sahlkamp, Internationale Stadtteilgärten

Handlungsempfehlungen für niedersächsische Städte und Gemeinden

Großstädte und Gemeinden im ländlichen Raum haben zumeist einen unterschiedlichen Blick auf Grün- und Freiräume. Während in den Großstädten Grün- und Freiräume von der Bevölkerung als Naherholungsflächen gewünscht werden, sind Gemeinden im ländlichen Raum „von Grün umgeben“. Auch ist der Anteil an privatem Grün in ländlichen Gemeinden durch die aufgelockerte Bebauung größer. An dieser Stelle sind Handlungsempfehlungen für niedersächsische Städte und Gemeinden zusammengefasst, die sich zunächst an alle Stadt- und Gemeindegrößen richten. Es gibt jedoch auch Empfehlungen, die auf bestimmte Herausforderungen zugeschnitten sind. Im Kapitel „Organisationsstruktur und Zusammenarbeit“ werden prinzipielle Empfehlungen für eine integrierte Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung gegeben. Das Kapitel „Konzepte und Instrumente“ zeigt Möglichkeiten auf, wie Kommunen mit den ihnen verfügbaren Instrumenten Grün- und Freiräume als strategischen Baustein der Stadtentwicklung nutzen können. Das Kapitel „Pflege und Unterhaltung“ gibt Hinweise, wie trotz angespannter Haushaltslagen eine angemessene Pflege realisiert werden kann.

3.1 Organisationsstrukturen und Zusammenarbeit der Stadtverwaltung

Potenziale und Funktionsvielfalt von Grünräumen sichtbar machen

Stadtgrün erfüllt zahlreiche soziale, kulturell-ästhetische, gesundheitliche, ökologische und ökonomische Funktionen. Es hat eine strategische Bedeutung für die Stadtentwicklung und ist in vielfachen Kontexten einsetzbar. Viele Städte haben die Bedeutung des Stadtgrüns erkannt. Die „grüne“

Grundhaltung sollte politisch verankert werden, sich in der Planung wiederfinden und auch praktisch umgesetzt werden. Um im politischen, konkret planenden und öffentlichen Kontext Grünräume gut vertreten zu können, sollten die Funktionen und die Leistungen, die sie für ein Leben in der Stadt zur Verfügung stellen, entsprechend kommuniziert werden.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit

An der Planung und Umsetzung von Grün- und Freiraummaßnahmen sind mehrere Ressorts in der Stadtverwaltung betroffen – von der Stadtplanung über das Grünflächenamt und das Tiefbauamt bis hin zum Bauhof. Bereits bei der Konzeption von Grünprojekten muss nicht nur die Umsetzung, sondern auch das Thema der Pflege und Unterhaltung mitgedacht werden. Für eine vorausschauende Planung hat daher die interdisziplinäre Kommunikation eine hohe Bedeutung. Auch führt der regelmäßige Blick über das eigene Fachgebiet hinaus langfristig zu einem besseren Verständnis anderer Sichtweisen. Dabei können fachbereichsübergreifende Kooperationen, die z.B. im Rahmen der Städtebauförderung entstanden sind, weitergeführt werden.

Integrierte Planung

Urbanes Grün sollte als strukturell gleichberechtigter Teil einer Stadt anerkannt und nicht nur als Begleitgrün der Bebauung oder als Flächenreservoir gesehen werden. Um Stadt- und Freiräume mit ihren zahlreichen Funktionen zu erhalten und neu zu schaffen, bedarf es integrierter und vernetzter Planungsprozesse. Dies erfordert nicht nur ein ressortübergreifendes Arbeiten, notwendig ist auch eine integrierte Stadtentwicklung und Stadtplanung, in der die unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen in der Stadtentwicklung abzuwägen und auszugleichen sind.

Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft einbeziehen

Einen attraktiven und konfliktfrei genutzten Grünraum zu schaffen, kann nur durch das gemeinsame Engagement von Kommune, Wirtschaft und Stadtgesellschaft erreicht werden. In vielen Städten und Gemeinden engagieren sich bereits Bürgerinnen und Bürger für die Planung, die Herstellung oder die Pflege von Grünräumen. Das zeigt zum einen, wie wichtig Grün- und Freiflächen sind, und zum anderen, welches Potenzial dort vorhanden ist. Aber auch andere Akteursgruppen wie zum Beispiel Gewerbetreibende sind bereit, Zeit oder auch Geldmittel für Begrünungen zu investieren. Daher kommt es bei der Entwicklung von Grün- und Freiräumen darauf an, kooperative Planungsverfahren zu entwickeln. Aufgabe der Kommune ist es, die verschiedenen Akteursgruppen in Prozesse einzubeziehen und sie an der Entwicklung von Gestaltungs- und Nutzungskonzeptionen zu beteiligen, Kooperationen anzustreben und Engagement zu fördern. Das „Management von Akteuren“ (BMUB 2017: 33) ist eine neue Aufgabe, die mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden sollte.



Beispiel: **Achim – Neue grüne Quartiersmitte im Magdeburger Viertel**

Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Soziale-Stadt-Gebiets Magdeburger Viertel, einer in den 1970er Jahren entstandenen Siedlung mit mehrgeschossigen Zeilen und achtgeschossigen Hochhäusern, hat der öffentlich nutzbare Freiraum eine besondere Bedeutung. Der Abriss leerstehender Gebäude bot die Chance, eine neue grüne Mitte zu schaffen. Nach Maßgabe eines differenzierten Gestaltungs- und Nutzungskonzepts wurde das Projekt in mehreren Bauabschnitten umgesetzt.

Den Mittelpunkt des 1. Bauabschnittes bildet das vom Deutschen Fußball-Bund gesponserte Fußball-Minispielplatz. Das Kleinspielfeld wurde um weitere Ballspielflächen und ein Basketballspielfeld ergänzt. Einzelne Spielangebote wie Tischtennisplatte und Kleinkinderspielturm wurden vom ehemaligen Abenteuerspielplatz an der Halleschen Straße in die neue Mitte verlagert. Im 2. Bauabschnitt erfolgten

die Gestaltung der Spielflächen südlich der Astrid-Lindgren-Schule und die Öffnung des Schulgeländes. Im 3. und letzten Bauabschnitt wurden Flächen am Bürgerzentrum mit Eingangsplatz und Spielstraße sowie Ruhe- und Aufenthaltsbereich im östlichen Teil der Quartiersmitte neu gestaltet.

Durch die Maßnahme ist ein vielfältig nutzbarer öffentlicher und grüner Raum mit Spielplatz, Aufenthaltsflächen, Sportflächen und Rückzugsräumen entstanden. Die Funktionsfähigkeit des Quartiers konnte mit dem Ausbau einer neuen grünen Quartiersmitte und der Erweiterung und Modernisierung des Bürgerzentrums gestärkt werden.

Link: www.achim.de/portal/seiten/magdeburger-viertel-902000063-20601.html



3.2 Konzepte, Instrumente und Finanzierung

Integrierte Leitbilder und Konzepte entwickeln und absichern

Leitbilder haben als inhaltliche Grundlage von Stadt- bzw. Stadtteilentwicklungskonzepten eine wichtige Funktion und stärken die strategische Ausrichtung der Konzepte. Leitbilder und Konzepte zur Stadtentwicklung (z.B. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte) für die Gesamtstadt und Teilräume sollten urbanes Grün explizit berücksichtigen und mit anderen Themen strategisch verknüpfen (z.B. Klimaanpassung, Qualifizierung von Wohn- und Bürostandorten). Leitbilder und Konzepte zur Entwicklung des städtischen Grüns sollten per Ratsbeschluss politisch legitimiert und damit handlungsleitend für die Verwaltung werden.

Grüne Fachkonzepte bzw. Fachexpertisen einfordern und fördern

Fachkonzepte und Fachexpertisen zu Fragestellungen der Grün- und Freiraumentwicklung erweisen sich als wichtige inhaltliche Grundlage, die zur Qualifizierung und Profilierung der Grün- und Freiraumentwicklung beiträgt. Dies kann auch ein Weg sein, die bislang in der Praxis der Stadtentwicklung oftmals noch übersehene Funktionsvielfalt, wie z.B. die ökologischen und klimatischen Qualitäten, stärker zu berücksichtigen. Gerade kleinere Städte und Gemeinden benötigen hierbei jedoch finanzielle und fachliche Unterstützung.

Grünversorgung erfassen, analysieren und bewerten

Für eine integrierte Grünplanung ist es zunächst notwendig, den Grünbestand in seinen verschiedenen Formen – Straßenbegleitgrün, Parks und Grünanlagen, Spiel- und Sportflächen, grüne Wegeverbindungen etc. – qualitativ und quantitativ zu erfassen, zu analysieren und zu bewerten. Grundlage können zum einen bestehende Kartenwerke und Katasterdaten sein. Zum anderen bedarf es Ortsbesichtigungen und Nutzerbefragungen, um die Nutzbarkeit und den Zustand bewerten zu können (weitere Informationen unter Bläser 2012: 140).

Kommunale Instrumente nutzen

Sind Grünstrategien und Maßnahmen konzeptionell verankert, können auch vorhandene Instrumente zielführend eingesetzt werden. Empfohlen wird u.a. eine Bodenvorratspolitik als strategisches Steuerungsinstrument für eine aktive Stadtentwicklung – und damit auch Grünentwicklung. Darüber hinaus lassen sich durch gesetzliche Möglichkeiten wie z.B. die Bauleitplanung oder Satzungen, Grünflächen dauerhaft sichern. So können in einem Bebauungsplan Flächen für Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen, für den Gemeinbedarf und auch Bauflächen so festgesetzt werden, dass ausreichend Flächen für die Entwicklung von Stadtgrün entstehen. Ebenso ermöglicht der Bebauungsplan, Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft auszuweisen oder Festsetzungen über das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen zu treffen.

Förderprogramme für die Neuschaffung und Qualifizierung nutzen

Fragen der Finanzierung für die Schaffung, den Erhalt und die Pflege städtischen Grüns sind zentrale Herausforderungen für die Kommunen. Die Neuschaffung bzw. die Umgestaltung kann oftmals im Kontext der Städtebauförderung erfolgen. In allen sechs Programmkulissen der Städtebauförderung werden die Schaffung und Umgestaltung von Grün- und Freiraummaßnahmen finanziell gefördert. Im Jahr 2015 haben der Bund und die Länder die Bedeutung von Grün- und Freiräumen in der Städtebauförderung hervorgehoben und zu einem besonderen Fördertatbestand gemacht. Im Haushalt 2017 ist zusätzlich ein mit Programmmitteln in Höhe von 50 Millionen Euro ausgestattetes neues Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ eingerichtet worden.



Beispiel: Oldenburg – Grüner (Wege)Stern wird Masterplan Grün

Die Stadt Oldenburg wird sternförmig von einem „grünen“ Fuß- und Radwegesystem durchzogen – vom Stadtkern und den historischen Wallanlagen bis hin zu den landwirtschaftlich geprägten Stadtgrenzen und darüber hinaus. Damit dient der „Grüne (Wege)Stern“ in großem Maße der Naherholung und der naturnahen Freizeitgestaltung.

Als gern genutzte Strecken für die täglichen Wege zur Arbeit, zur Schule oder zum Einkaufen tragen die nach Möglichkeit autofreien Wege zur Verminderung des KFZ-Verkehrs und zur Verringerung der Abgasmengen bei. Er leistet damit einen Beitrag zu Verbesserung des städtischen Klimas.

Diese „grünen“ Wegeverbindungen sind im Planwerk „Grüner(Wege)Stern“ dargestellt, das auch in das Stadtentwicklungsprogramm step 2025 übernommen wurde. Derzeit entwickelt die Stadtverwaltung Oldenburg einen Masterplan Grün, in den die bestehenden, bisher eigenständigen Planwerke wie „Grüner (Wege)Stern“ und der Spielplatzplan integriert werden. Dabei soll nicht nur der Ausbau des „Grünen (Wege)Sterns“ konzeptionell eingebunden werden,

sondern auch eine inhaltliche Weiterentwicklung erfolgen. Ziel ist eine engmaschige Verzahnung von Siedlungs- und Landschaftsräumen sowie der weitere Ausbau des „grünen“ Wegenetzes, insbesondere im Hinblick auf die fortschreitende Siedlungsentwicklung. Bereits vorhandene Grünflächen wie Parks, öffentliche Plätze, Straßengrün, Äcker und Wiesen werden durch dieses System verknüpft. Sowohl planerisch durch Festsetzungen in der Bauleitplanung als auch durch gezielte Ankäufe und Grundstückstausch werden bisher nicht verbundene Streckenabschnitte zu durchgängigen Routen ergänzt.

Der Masterplan Grün soll eine integrierte Stadt- und Grünentwicklung fördern, Einzelprojekte in einen Gesamtkontext einbinden sowie Verwaltung und Politik Orientierung für eine Schwerpunktsetzung und Umsetzung von Maßnahmen geben.

Link: www.oldenburg.de/gruenes-oldenburg.html

3.3 Pflege und Unterhaltung

Angemessene Pflege und Unterhaltung sicherstellen

Eine lange Lebensdauer der Pflanzen und eine hohe Aufenthaltsqualität sind nur über einen guten Pflegezustand der Grünräume sicherzustellen. Dem steigenden Qualitätsanspruch einerseits stehen schwindende Personal- und Finanzressourcen der Kommunen andererseits gegenüber. Dennoch wird empfohlen, die finanzielle Ausstattung für die Grünplanung und -pflege zu verbessern. Kommunen können auch neue Finanzierungswege gehen, indem sich zum Beispiel Bauherren an der Pflege von Grünflächen beteiligen, zweckgebundene Abgaben eingeführt werden oder bürgerschaftliches Engagement aktiviert wird. Auch und gerade in der Erhaltungs- und Pflegephase müssen mögliche Beteiligungsformen verstetigt und wenn möglich institutionalisiert werden. Gute Beispiele sind Patenschaften, die Einbindung örtlicher Vereine oder Bürgerstiftungen.

Pflanz- und Pflegekonzepte

Die Weichen für die Pflegekosten werden im Wesentlichen in der Planungsphase gestellt, da jede Pflanze einen individuellen Pflegebedarf hat. Gesunde Stadtpflanzen hängen maßgeblich von nachhaltigen Pflanz- und Pflegekonzepten ab. Ein abgestuftes Pflegekonzept kann dabei helfen, Qualitäten auch vor dem Hintergrund einer sich verändernden finanziellen Situation der Kommunen aufrechtzuerhalten und Maßnahmen in einem kommunalen Kontext gezielt und geordnet aufeinander abzustimmen. Bekannt ist, dass größere, zusammenhängende Grünflächen in ihrer Unterhaltung

in der Regel günstiger als viele kleine Anlagen sind. Zudem sind natürliche Wiesen und Solitärgehölze pflegeextensiver als Staudenbeete und diese wiederum kostensparender als Wechselbeete. Es wird empfohlen, pflegeextensive Strategien möglichst schon im Planungsprozess zu berücksichtigen und dabei zwischen Kostenreduzierung, gestalterischer Qualität und ökologischem Wert abzuwägen und, je nach Form, die Nutzbarkeit sicherzustellen. Wichtig ist dabei, entsprechende Vorgehensweisen und damit verbundene Ziele für die Bürgerinnen und Bürger transparent und damit nachvollziehbar zu machen.

Sukzession auf Brachen bzw. urbane Wildnis zulassen

Im Stadtbild sichtbare Beispiele für urbane Wildnis sind Brachflächen. Auf den ungestalteten und sich selbst überlassenen Flächen findet eine spontane Besiedlung durch wilde Pflanzen und Tierarten statt, die an den urbanen Lebensraum angepasst sind. Da an jeden Raum jeweils spezifische Arten angepasst sind, zählen Brachen zu artenreichen urbanen Lebensräumen und sind auch ein Refugium für seltene Tier- und Pflanzenarten. Urbane Brachen eignen sich durch ihre zentrale Lage und ihre Vielfalt auch gut für Umweltbildungsmaßnahmen. So entstehen Synergieeffekte zwischen Naturschutz, naturverträglicher Erholung und Umweltbildung. Wichtig ist bei einer bewusst zugelassenen Sukzession auf Brachflächen diese entsprechend zu kommunizieren, um eine Akzeptanz der Stadtgesellschaft für diese Form urbanen Grüns zu erhöhen.

Osnabrück, Streuobstwiesen



4/Literaturverzeichnis

Bläser, Kerstin; Danielzyk, Rainer; Fox-Kämper, Runrid; Funke, Linda; Rawak, Myriam; Sondermann, Martin (2012): Urbanes Grün in der integrierten Stadtentwicklung. Strategien, Projekte und Instrumente. Düsseldorf: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Böhm, Jutta; Böhme, Christa; Bunzel, Arno; Kühnau, Christina; Reinke, Markus (2015): Urbanes Grün in der doppelten Innenentwicklung. Herausgeber: Bundesamt für Naturschutz (BfN). Bonn-Bad Godesberg.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hg.) (2009a): Klimawandelgerechte Stadtentwicklung – Wirkfolgen des Klimawandels. BBSR-Online-Publikation Nr. 23/2009.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hg.) (2015): Gemeinschaftsgärten im Quartier. BBSR-Online-Publikation 12/2015. Bonn.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2007/2015): Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Kabinettsbeschluss vom 7. November 2007. Berlin. 4. Aufl. 2015, S. 42.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2015): Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft. Grünbuch Stadtgrün. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2016): Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Gute Praxis an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage. Berlin.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) (Hg.) (2017): Weißbuch Stadtgrün. Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft. Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hg.) (2010): Urbane Strategien zum Klimawandel. Dokumentation der Auftaktkonferenz 2010 zum ExWoSt-Forschungsfeld. Berlin.

Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL) (Hg.) (2015): Charta Zukunft Stadt und Grün. Bad Honnef.

Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Umwelthilfe (Hg.) (2011): Natur in Städten und Gemeinden schützen, fördern und erleben. Gute Beispiele aus dem Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität 2011“. Burgwedel.

Deutsche Umwelthilfe e.V. (Hg.) (o.J.): Natur & städtisches Leben ohne Widerspruch! Gute Beispiele aus dem Wettbewerb „Lebenswerte Stadt“. Radolfzell.

Grün in die Stadt (2016): Pressemitteilung, 10. November 2016: Klimaschutz: So hilft städtisches Grün gegen die Folgen des Klimawandels. URL: <http://www.gruen-in-die-stadt.de/meta/presse/detail/news/klimaschutz-so-hilft-staedtisches-gruen-gegen-die-folgen-des-klimawandels/> (Zugriff 23.11.2016)

Hackenberg, Katharina; Oostendorp, Rebekka; Wiegandt, Claus-Christian (2010): Schöne Städte durch große Pläne? – Baukultur und integrierte Stadtentwicklungsplanung. Raumforschung und Raumordnung 68, S. 483-497.

Hansjürgens, Bernd; Brenck, Miriam (2014): Ökosystemleistungen und grüne Infrastruktur in urbanen Räumen: Wie Kommunen vom Naturschutz profitieren. Präsentation auf der Veranstaltung Kommunen für biologische Vielfalt – „Der Wert urbanen Grüns“ am 26. März 2014. Bielefeld.

Heiland, Stefan (2013): Grün – Natürlich – Gesund: Potenziale städtischer Grünräume für Gesundheitsförderung und Naturschutz. In: local land & soil news no.46/47 II/13, S. 32-34.

Hoffmann, Anne; Gruehn, Dietwald (2006): Bedeutung von Freiräumen und Grünflächen für den Wert von Grundstücken und Immobilien. LLP-Report 010, Lehrstuhl Landschaftsökologie und Landschaftsplanung, Technische Universität Dortmund.

Hornberg, Claudia; Bunge, Christiane und Pauli, Andrea (2011): Strategien für mehr Umweltgerechtigkeit. Handlungsfelder für Forschung, Politik und Praxis. Bielefeld.

Katzschner, Lutz (2011): Stadtklima und Stadtgrün. In: Stiftung DIE GRÜNE STADT: Urbanes Grün. Für ein besseres Leben in Städten. Düsseldorf, S. 15-17.

Kuttler, Wilhelm (1998): Stadtklima. In: Sukopp, Herbert; Wittig, Rüdiger (Hg.): Stadtökologie. 2. Auflage. Stuttgart, S. 125-167.

Lohrberg, Frank (2011): Masterplan Agrikultur – Städte müssen Dialog mit Landwirten suchen. In: Stadt + Grün Sep. 2011, S. 43-48.

Millennium Ecosystem Assessment (2005): Ecosystems and Human Well-being: Synthesis. Washington, DC.

Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV) (2014): Urbanes Grün – Konzepte und Instrumente. Leitfaden für Planerinnen und Planer. Düsseldorf.

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNLV) (2010): Handbuch Stadtklima. Maßnahmen und Handlungskonzepte für Städte und Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel. Düsseldorf.

Naturkapital Deutschland – TEEB DE (2016): Ökosystemleistungen in der Stadt – Gesundheit schützen und Lebensqualität erhöhen. Hg. von Ingo Kowarik, Robert Bartz und Miriam Brenck. Technische Universität Berlin, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. Berlin, Leipzig.

Reichholf, Josef H. (2007): Stadtnatur: eine neue Heimat für Tiere und Pflanzen. München.

Rittel, Katrin; Bredow, Laura; Wanka, Eva Regina; Hokema, Dorothea; Schuppe, Gesine; Wilke, Torsten; Nowak, Dennis; Heiland, Stefan (2014): Grün, natürlich, gesund: Die Potenziale multi-funktionaler städtischer Räume. Ergebnisse des gleichnamigen F+E-Vorhabens (FKZ 3511 82 0800). BfN-Skripten 371. Bonn-Bad Godesberg.

Rohr-Zänker, Ruth; Müller Wolfgang (2014): Siedlungsflächenentwicklung. Bertelsmann Stiftung (Hg.): wegweiser-kommune.de.

Sachverständigenrat für Umweltfragen (2016): Umweltgutachten 2016. Impulse für eine integrative Umweltpolitik. Berlin.

Stadt Nürnberg, Umweltamt (2012): Handbuch Klimaanpassung. Bausteine für die Nürnberger Anpassungsstrategie. Nürnberg.

Stevens, Miller; Voigt, Christian (Stadt Land Fluss) (2007): Spielfeld Zwischennutzung – Regelwerke und Instrumentarium in Bewegung. In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin (Hg.): Urban Pioneers. Berlin.

Stiftung DIE GRÜNE STADT (o.J.): Urbanes Grün. Für ein besseres Leben in Städten. Düsseldorf.

Stigsdotter, Ulrika K. (2011): Planung und Anlage von Grünflächen zur Verbesserung der Gesundheit. In: Stiftung DIE GRÜNE STADT: Urbanes Grün. Für ein besseres Leben in Städten. Düsseldorf, S. 28-30.

Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2015 über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV Städtebauförderung 2015). <http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/VVStaedtebaufoerderung2015.html> (Zugriff 27.02.2017)

Impressum

Herausgeber

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Ausarbeitung

plan zwei Stadtplanung und Architektur

Dr.-Ing. Klaus Habermann-Nieße
Dipl.-Ing. Brigitte Nieße
Simone Müller MA
Dr.-Ing. Ulrich Berding

Idee und Koordination

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Referat Städtebau und Bauleitplanung
Dipl.-Ing. Günter Vogel-Cairénus, MR
Dipl.-Ing. Ingrid Noll
Dipl.-Ing. Christiane Schömburg

Layout

designagenten, Hannover

Druck

Pinkvoss Druckerei, Hannover

Datum

Juni 2017

www.nikis-niedersachsen.de

Bildnachweis

Titel: Foto Thomas Langreder, Hannover; Entwurfsplanung
Büro Grün plan, Hannover, Landschaftsarchitekten BDLA

S. 1: Tom Figiel

S. 4: Axel Born

S. 5: Eigene Darstellung, nach Bläser, K. u.a. 2012: 14

S. 6: Foto Thomas Langreder, Hannover; Entwurfsplanung
Büro Grün plan, Hannover, Landschaftsarchitekten BDLA

S. 9: Hansgeorg Böttcher

S. 10: bikelovin

S. 12: Stadt Braunschweig, Nielsen

S. 14: SpiDu – Spielplatz-Initiative Dudensen

S. 17: Solidarische Landwirtschaft Gemeinschaftsgärtnerei
Wildwuchs e.V.

S. 19: Walter Wallott

S. 21: Foto Christian Richters; Architekten blocher partners

S. 22: Sand+WaterWerk Simonswolde e.V.

S. 24: plan zwei

S. 27: Urheber Stadt Achim; Foto Susanne Frerichs

S. 29: Masterplan Grün – Grüner Wegestern (Weiter-
entwicklung); Stadt Oldenburg, Fachdienst Stadtgrün -
Planung und Neubau

S. 30: Stadt Osnabrück, Fachbereich Umwelt und
Klimaschutz



Niedersachsen. Klar.